

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Matthias Miersch, Dirk Becker, Marco Bülow,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/7633 –**

### **Monitoring für versenkte Atommüllfässer im Atlantik sicherstellen und Maßnahmen gegen weitere Strahlenexposition einleiten**

#### **A. Problem**

1967 versenkte die Bundesrepublik Deutschland radioaktiven Abfall aus deutschen Forschungsanlagen im Nordatlantik. Weitere acht Staaten versenkten bis 1982 ebenfalls radioaktive Abfälle im Meer.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung insbesondere aufgefordert,

- sich in der Kommission zum Schutz und zur Erhaltung des Nordostatlantiks und seiner Ressourcen (OSPAR-Kommission) und in der EU-Kommission sowie bei der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) für eine kontinuierliche Messung der radioaktiven Belastung in den betroffenen Versenkungsgebieten einzusetzen,
- auf Basis der erhobenen Daten einen Bericht über Optionen zur Bergung oder sonstige Möglichkeiten für einen sicheren Einschluss gefährlicher Behälter vorzulegen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/7633 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Eva Bulling-Schröter**  
Vorsitzende

**Ingbert Liebing**  
Berichterstatter

**Marco Bülow**  
Berichterstatter

**Angelika Brunkhorst**  
Berichterstatterin

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Marco Bülow, Angelika Brunkhorst, Ralph Lenkert und Sylvia Kotting-Uhl

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7633** wurde in der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. November 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

1967 versenkte die Bundesrepublik Deutschland radioaktiven Abfall aus deutschen Forschungsanlagen im Nordatlantik. Weitere acht Staaten versenkten bis 1982 ebenfalls radioaktive Abfälle im Meer.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung insbesondere aufgefordert,

- sich in der OSPAR- und in der EU-Kommission sowie bei der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) für eine kontinuierliche Messung der radioaktiven Belastung in den betroffenen Versenkungsgebieten einzusetzen,
- auf Basis der erhobenen Daten einen Bericht über Optionen zur Bergung oder sonstige Möglichkeiten für einen sicheren Einschluss gefährlicher Behälter vorzulegen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7633 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7633 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/7633 in seiner 104. Sitzung am 26. Juni 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der Antrag der Fraktion der SPD sei vom 8. November 2011. Er nehme Bezug auf die Fernsehsendung „Report Mainz“ der ARD vom 1. November 2011. Seither sei Einiges passiert. Die Bundesregierung habe auf diese Veröffentlichungen reagiert. Sie habe das Problem in der OSPAR-Kommission zum Thema

gemacht. Es sei dort verabredet worden, dass ein Bericht über die Situation der Atommüllfässer im Atlantik erstellt werde. Deutschland sei von der OSPAR-Kommission beauftragt worden, dieses Thema zu bearbeiten. Dies erfolge zurzeit in Verantwortung der Bundesregierung. Die Bundesregierung sei von der OSPAR-Kommission auch gebeten worden, einen Vorschlag für ein geeignetes Monitoringprogramm zu machen. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, diesen Bericht der Bundesregierung 2013 abzuschließen. Man habe vereinbart, auch Stellungnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde einzubeziehen. Diese Berichte lägen noch nicht vor. Deshalb verzögere sich der Bericht der Bundesregierung. Er würde zur Sitzung der Kommission im Bereich von OSPAR 2014 vorgelegt werden. Darin werde das abgearbeitet, was die Fraktion der SPD in ihrem Antrag fordere. Insofern habe sich das durch die kluge Politik der Bundesregierung in den eineinhalb Jahren seit Antragstellung erledigt. Es gebe keine Veranlassung, diesen Antrag zu beschließen. Man lehne ihn deshalb ab.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, Ende der 60er- bis Anfang der 80er-Jahre habe die Bundesrepublik, wie viele andere Länder leider auch, radioaktiven Abfall in den Atlantik versenkt. Man gehe davon aus, dass ungefähr 220 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall in Tiefen von bis zu 5 000 Meter lägen. Plutonium und andere radioaktive Stoffe seien freigesetzt worden. Die Fässer bedeuteten eine größere Gefahr für die Gewässer. Auch jetzt würden noch erhöhte Konzentrationen festgestellt werden. Das werde auch über einen längeren Zeitraum noch der Fall sein. Es bestehe eine Gefahr für Menschen und Tiere sowohl vor Ort, als auch für Menschen über den Fischfang.

Notwendig seien kontinuierliche Messungen in diesen Gebieten. Diese Messungen seien zu veröffentlichen. Bisher werde dieses Thema verschwiegen. Zusätzlich sei zu prüfen, ob und wie man bestimmte Fässer bergen oder zumindest sicher verschließen könne. Aus dieser Prüfung seien Maßnahmen herzuleiten, um die Gefahren zumindest zu reduzieren. Man könne das Geschehene nicht mehr rückgängig machen. Aber man müsse das Beste daraus machen. Man dürfe nicht länger verschweigen und verharmlosen.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, man werde aus den bereits dargelegten Gründen ablehnen. Die Bundesregierung sei bereits aktiv. Sie sei dabei, für die nächste Sitzung des Radioactive Substances Committee einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Der habe sich leider verzögert, weil die IAEO ihre Berichte nicht fertiggestellt habe. Man sollte diese Berichte abwarten, um dann ein international abgestimmtes Verfahren zu haben. Die Ergebnisse der Berichte seien vorab auszuwerten. Es müsse abgewogen werden, welche Möglichkeiten man habe, angesichts der Tatsache, dass die Fässer in einer Tiefe von bis zu 5 000 Metern lägen. Es gebe eine Diskussion darüber, ob das Bergen wirklich ungefährlicher sei, als die Fässer dort zu belassen. Auch sei zu prüfen, was technisch zu tun wäre. Das Monitoring sei auf internationaler Ebene 1995 eingestellt worden. Ob sich

aus den Berichten ergebe, dass es wichtig wäre, ein erneutes Monitoring einzuführen, werde sich sicherlich zeigen. Weil dies alles noch im Fluss sei, werde man dem Antrag so nicht zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sagte, es sei erstaunlich, dass beim Thema Atommüll der ansonsten extrem bürokratische deutsche Staat Lücken in der Dokumentation habe. Auch bei der Verkipfung von radioaktiven Abfällen ins Meer sei man sich nicht sicher, ob alle Fässer den vorgesehenen Ort erreicht hätten. Es stelle sich die Frage, inwieweit es um Fahrlässigkeit oder Absicht gehe. 1967 habe man die Fässer im Meer versenkt, danach in die ASSE verbracht. Bei derASSE bestehe noch die Chance, etwas zu korrigieren. Im Meer sei das deutlich schwieriger.

Man habe keine Zeit, weil Meerwasser die Fässer zerfresse. Mit jedem weiteren Jahr stelle man sicher, dass man nichts mehr bergen könne, weil die Fässer auseinandergefallen seien und sich der Inhalt im Meer verteilt habe. Aus diesem Grunde sei es sehr wichtig, schnell zu erfassen, was geschehen sei und nach Möglichkeiten zur Minimierung der Folgeschäden zu suchen, um diese dann möglichst auch umzusetzen. Vermeiden werde man sie nicht können, was man schon an den erhöhten Konzentrationen an etlichen Messpunkten feststelle.

Man stehe in Verantwortung für die Kinder und Kindeskin- der. Die Fehler, die gemacht worden seien, ließen sich nicht aufheben, aber man müsse die Folgen dieser Fehler versu- chen, zu minimieren. Und das so schnell wie möglich. Der Antrag der Fraktion der SPD sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilte mit, der vorliegende Antrag sei richtig. Man stimme ihm zu. Die Bundesrepublik Deutschland sei 1967 das erste Land gewe- sen, welches diesen Abfall im Nordostatlantik abgekippt habe. Es handle sich um Atommüll aus der Forschung. Hier seien offensichtlich in der Vergangenheit die Hürden niedri- ger als bei anderem Müll gewesen, fahrlässig damit umzu- gehen. Seit dem Jahr 2010 liege das Papier der OSPAR- Kommission vor, in dem bestätigt werde, dass es erhöhte Konzentrationen auch von Plutonium 238 in diesen Versen- kungsgebieten gebe. Seit eineinhalb Jahren liege der hier in Rede stehende Antrag vor. Es sei zu fragen, wann konkret etwas passiere.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktor- sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Druck- sache 17/7633 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

**Ingbert Liebing**  
Berichterstatter

**Marco Bülow**  
Berichterstatter

**Angelika Brunkhorst**  
Berichterstatterin

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Berichterstatterin